Dachverband sächsischer Migrant*innenorganisationen (DSM)
Schlesischer Platz 2 I 01097 Dresden

Pressemitteilung

Dresden, 31. Mai 2023

Unterstützung für Menschen und Kommunen statt rechter Narrative

Ausgerechnet am 30. Jahrestag des rassistischen Brandanschlags in Solingen fordert Ministerpräsident Michael Kretschmer eine weitere Verschärfung des Grundrechts auf Asyl und damit eine Änderung der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Bereits in der Vorwoche hatte er eine Kürzung der Asylbewerberleistungen ins Spiel gebracht.

Mit Blick auf den ohnehin seit Monaten rauer und populistischer werdenden Diskurs über Geflüchtete, der sich auch in einem Anstieg der Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte widerspiegelt, zeigt sich der DSM fassungslos gegenüber derartige Forderungen durch den Sächsischen Ministerpräsidenten. Es erinnert an die Jahre Anfang der 1990er Jahre und an 2015/2016, als jeweils das Grundrecht auf Asyl weiter ausgehöhlt wurde, damit weniger Schutzsuchende nach Deutschland kommen.

Azim Semizoğlu, Co-Vorsitzender des DSM, hält dazu fest: „*Der Ministerpräsident übersieht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Leistungen für Asylbewerber*innen nicht weiter eingedampft werden können, da die bisherigen schon jetzt ein Existenzminimum darstellen und geringere Leistungen menschenunwürdig wären. Statt den sächsischen Kommunen selbst zu helfen, schiebt Kretschmer die Verantwortung nach Berlin. Dabei ist seine Begründung für diese Forderungen vorgeschoben, denn die CDU regiert Sachsen seit der Wende und ist damit für den Mangel an Lehrkräften und Wohnraum, welcher gelingende Teilhabe von Geflüchteten erschwert, selbst verantwortlich. Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, die Schutzsuchenden und Kommunen zu unterstützen statt rechten Narrativen mit leeren Versprechen Raum zu geben!*“

Emiliano Chaimite, Geschäftsführer des DSM, ergänzt: „*Wie wir heute sehen, stehen diese Forderungen nicht nur einem menschenwürdigen Umgang mit Schutzsuchenden entgegen, sie sind auch obsolet. Denn auch die Asylrechtsverschärfungen von 1993 und 2015/2016 haben nicht dazu geführt, dass weniger Schutzsuchende nach Deutschland und Sachsen kommen, im Gegenteil: die Schutzquote ist in den letzten Jahren gestiegen. Die Forderungen dieser Tage reihen sich in eine Kette von weiteren Aussagen ein, die ein Bild von Sachsen zeichnen, das sich der Freistaat auch in Anbetracht der Notwendigkeit von Fachkräftezuwanderung und als internationaler Wissenschaftsstandort nicht leisten kann. Statt wie Kretschmer Abschottung zu proklamieren sollte Migration auch hier endlich als Chance begriffen werden: Die überalterte Gesellschaft in Sachsen braucht mehr den je diese Menschen, mit all ihren Geschichten und Talenten.*“

Geschäftsstelle Dresden
Schlesischer Platz 2
01097 Dresden
Tel.: 0351 / 482 460 93

Büro Leipzig
Petersstraße 16
04109 Leipzig
Tel.: 0341 / 247 381 05

Bankverbindung
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE70 8505 0300 0221 0023 83
BIC: OSDDDE81XXX

Social Media
Facebook @DSMev
Twitter @DachverbandM
Instagram @dsm_sachsen

Dachverband sächsischer Migrant*innenorganisationen (DSM)
Schlesischer Platz 2 I 01097 Dresden

Pressemitteilung

Kurzinformation zum Dachverband sächsischer Migrant*innenorganisationen e.V.
Der DSM ist der Dachverband migrantischer Organisationen in Sachsen und wurde 2017 gegründet. Wir verstehen uns als politische Interessenvertretung und Dienstleister für die Bedarfe unserer Mitgliedsvereine. Unter unserem Dach organisieren sich derzeit 63 Vereine und Organisationen, die Menschen aus mehr als 20 verschiedenen Herkunftsländern repräsentieren.

Pressekontakt:
Lisa-Marie Laux
Referentin für Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 0351 / 482 460 93
E-Mail: lm.laux@dsm-sachsen.de

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch

INTEGRATION SACHSEN

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT | Freistaat SACHSEN